

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 13 (1972)
Heft: 19

Artikel: Friedensgedanken
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095337>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Friedensgedanken

Es gibt, so ist allenthalben zu vernehmen, bei uns zwei Arten der Friedensforschung. Die wertfreie oder «traditionelle» einerseits und die engagierte oder «kritische» andererseits.

Die «traditionelle» Friedensforschung nannte sich einmal eigentlich richtiger «Konfliktforschung», bis auch sie auf die Unerlässlichkeit eines schönen Namens kam. Aber auch so befasst sie sich mit Entstehung und Verlauf von militärischen Konflikten und sucht Wege aufzuzeigen, wie sie zu vermeiden wären, wie immer die Protagonisten beschaffen seien.

Die «kritische» Friedensforschung hält das für ein scheinheiliges Manöver zwecks Zementierung der bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Sie will nicht einem gegebenen Konflikt ausweichen, sondern seine Ursachen aus der Welt schaffen, indem sie die Gesellschaft verändert. Sie erklärt, dass die strukturelle Gewalt des Systems an sich eben ein Akt der Aggression sei und somit jegliche Art von Konflikt hervorrufe, einschliesslich des militärischen endlich, der die Konsequenz daraus sei, dass die herrschende Schicht die Macht nicht freiwillig aus der Hand gebe.

Es gilt als ausgemacht, dass die «traditionelle» Friedensforschung eine Sache der «Rechten» sei (Konservative, Reaktionäre, Militärs, rückschrittliche Bourgeoisie usw.), die «kritische» Friedensforschung aber eine Sache der «Linken» (Intelligentsia, fortschrittliche Jugend, geistliche oder weltliche Friedensfreunde und — wie schon der Name sagt; wozu hätte man ihn sonst — alle Menschen, die zu kritischem Denken befähigt sind).

Da es ferner als ausgemacht gilt, dass unser Haus (das SOI) zum kapitalistischen Rechtskartell gehört («soll dazu noch in permanenten Geldnöten stecken, na gotlob rentiert es nicht mehr, ein kalter Krieger zu sein»), muss meine folgende Behauptung die vorgewusste Ordnung ein bisschen stören: Ich empfinde nämlich die vorliegende Nummer als Beitrag zur «kritischen» Friedensforschung. Oder zum mindesten als Material dazu, denn insofern bin ich vom «Bourgeoisem Objektivismus» doch nicht losgekommen, als ich die Dinge gerne belegt sehe.

*

Diese Nummer beweist die Militarisierung von Jugend und Gesellschaft in der Sowjetunion und ihrem Lager. Sie erfolgt durch strukturelle Gewalt, aufgrund von Beschlüssen der Machthaber, und im Rahmen einer Gesellschaftsordnung, die den Kapitalismus abgeschafft hat. Sie wird aus der monopolitischen Ideologie der Herrschenden heraus begründet und ist in ihrer Durchführung systembedingt (das Programm liesse sich in keinem bourgeoisen Land auch nur annäherungsweise durchführen). Sie wird schliesslich seit ein paar Jahren beschleunigt vorgenommen, womit sich der Gegensatz ergibt, dass die kapitalistischen Länder das Bewusstsein ihrer Bevölkerung fortlaufend entmilitarisieren, die sozialistischen Länder aber die Wehrgesinnung zum Fortschrittsfaktor erklären. Und wenn es stimmt, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt, dann muss es an der Gesellschaftsordnung liegen. Es ist also nötig, diese zu verändern, wenn man den Frieden nicht bloss als unmittelbare Konfliktvermeidung haben will. Wie man sieht, reimen sich diese Forderungen tatsächlich auf

prächtigte mit dem Selbstverständnis der «kritischen» Friedensforschung.

Um aber aus dem halben Spass zum vollen Ernst zu kommen: Es gibt wirklich keinen Grund, weshalb unsere bürgerlichen Demokratien fügsam in der Domäne der wertfreien Friedensforschung verharren sollten. Sie hätten allen Grund, im gesellschaftskritischen Sektor der Angelegenheit mitzumachen, und sie hätten jeden Anlass, gerade hier offensiv zu werden. Man hat in der Friedensforschung respektive Friedensbeanspruchung heute einen neutralen Teil und einen Teil, der die pluralistisch-demokratisch kapitalistische Ordnung durch einen kommunistisch verstandenen Sozialismus ersetzen will. Aber was soll dieser «Neutralismus», wenn das Korrelat fehlt, nämlich eine gesellschaftskritische Schule, welche den kommunistisch verstandenen Sozialismus (der als gesellschaftliche Realität noch nichts anderes hervorgebracht hat als faschistische Methoden der Machtausübung) durch eine pluralistisch-demokratische Ordnung ersetzen will? Das Element des Kapitalismus lasse ich aus, weil es total irrelevant ist: Es kommt nicht darauf an, wer die Produktionsmittel (samt den andern, manchmal viel wichtigeren direkteren Machtmitteln wie etwa die politische Polizei oder eben das Militär) formell in Eigentum hat, sondern einzig und allein darauf, wer darüber verfügt. Die werktätigen Massen tun es in der Sowjetunion sehr viel weniger als bei uns.

Da stellt man bei uns etwa «Obristenmentalität», Anerziehung militärischer oder sonstwie gewaltfördernder Denkkomplexe, Perpetuierung übernommener Konfliktvorstellungen mit dem Sieg der guten (eigenen) Sache, gelenkte Pflege von Aggressionsgefühlen und dergleichen fest. Darnach stellt man weiter fest, dass die Gesamtheit dieser Erscheinungen, die als böse bereits vorgewertet sind, in den Strukturen und Mechanismen unserer Gesellschaftsordnung zum Ausdruck kommen. Nun postuliert man, was bereits ein Glaubenssatz ist, dass sie «somit» gar keine andere Funktion haben können, als die besagte Gesellschaftsordnung zu retten, und folgt endlich «zwangsläufig», dass besagte Ordnung ihre Voraussetzung sei und deshalb abzuschaffen sei, damit diese negativen Phänomene endgültig aus der menschlichen Gesellschaft verschwinden können.

Nur: Aggression, Konflikt-Austragung usw. können gar nicht umhin, Ausdruck der Gesellschaftsordnung zu sein, wie immer sie bedingt sind. Sie werden notgedrungen immer ihre Form in der gegebenen Art des Zusammenlebens finden. Konflikte zwischen Mann und Frau werden bei uns üblicherweise innerhalb der Spielregeln einer monogamen Gesellschaft ausgetragen. Es folgt aber mitnichten daraus, dass sie etwa in einer polygamen Gesellschaft inexistent sein müssen.

Nun aber werden eine ganze Reihe negativer Erscheinungen, die sich selbstverständlich in den Gegebenheiten unseres Zusammenlebens abspielen, ganz spezifisch der kapitalistischen oder bourgeoisen Gesellschaftsordnung angelastet. Sie allein wäre es, welche diese Erscheinungen bedingt. Doch bitte, wenn das stimmt, dann müssen sie auch verschwinden, wenn besagte Gesellschaftsordnung abgeschafft wird. Und in dieser Konsequenz sind wir keineswegs auf abstrakte Diskussionen im luftleeren Raum angewiesen. Die Frage, was passiert, wenn man unsere Gesellschaftsordnung abschafft, ist zu beantworten.

Wir hatten uns in früheren Nummern mit den Thesen befasst, dass die Wohnmisere, die Studienbeschränkungen oder die Mitbestimmungsmanipulation aufs kapitalistische System zurückzuführen seien. Jeweils mit einer Darlegung der Zustände dort, wo man diese «Voraussetzung» abgeschafft hat. Diese Behandlung ist nicht nur berechtigt, sondern sogar unerlässlich, wenn es um die Verantwortung einer bestimmten Gesellschaftsordnung geht. In dieser Nummer machen wir das gleiche mit dem Militarismus als gesellschaftliches Phänomen. Und hier, wie zuvor bei andern Erscheinungen, sehen wir, dass er nach Abschaffung der kapitalistischen Ordnung quantitativ und qualitativ zugenommen hat, sogar in ganz flagranter und ungeheuerlicher Weise. Und dass er dort zunimmt, während er hier abnimmt.

Diese Feststellung reicht sogar bis zu Formen militärischer Repression, die man als kapitalistische Spezialität ansehen möchte. Man hat z. B. argumentiert, dass in der Schweiz die Armee primär dazu da sei, im Interesse des Systems, gegen revoltierende Arbeiter, Bauern und junge Menschen einzugreifen. Abgesehen von kritischen Ueberlegungen zu dieser These (woraus besteht die Armee, wenn nicht aus diesen Gruppen?; was ist das für ein System, das sich im Unterschied zu allen seinen Alternativen durch Verteilung von Sturmgewehren in fast allen Haushalten freiwillig einer allfälligen Revolution preisgibt?) gilt auch hier die Feststellung, dass just diese Art von Systemsrettung in den letzten Jahrzehnten nicht bei uns, wohl aber in der Alternativordnung vorkam: Niederschlagung der polnischen Arbeiterunruhen im Dezember 1970 usw.

*

Diese pragmatische Widerlegung einer gedanklich sehr bequemen These von gesellschaftlicher Verantwortung (dass sie sich selber «unbequem» nennt, ist eine weitere Bequemlichkeit im taktischen Vorgehen) widerspricht im übrigen keineswegs dem, was zu erwarten ist.

Wo immer eine Ideologie beliebigen Inhalts mit Anspruch auf gesellschaftliche Allgemeinverbindlichkeit auftritt, ist sie kriegserpicht, sogar und gerade wenn sie sich der Friedensverkündung bemächtigt. Sie kann nämlich gar nicht anders; als im Nichtgläubigen den Feind zu sehen, der ihrer Friedensverheissung entgegensteht und liquidiert werden muss, nach aussen und nach innen. Als das friedensverkündende Christentum den römischen Imperialismus, der für seine Raison d'Etat keine Tarnung gesucht hatte, als gesellschaftliches Obligatorium ablöste, begannen die Kriege erst recht. Als keine Heiden mehr erreichbar waren, zog man gegeneinander zu Feld, und im Zeichen der strukturellen Friedensgewalt verbrannte man laufend Häretiker. Das hörte erst auf, als es mit den gesellschaftsverbindlichen Ansprüchen des Glaubens aus war. Man hat heute im Lager des obligatorischen kommunistischen Glaubens den Heiden (das kapitalistische System), den bereits immer wichtiger werdenden Feind gleichen Glaubens (China—UdSSR usw.) und den Häretiker (die Andersdenkenden im Lager oder Irrenhaus).

Ich glaube nicht, dass Aggression und Militarismus ausschliesslich gesellschaftlich bedingt sind. Aber soweit sie es sind, haben sie heute ihre besten strukturellen Voraussetzungen im «sozialistischen Friedenslager». *Christian Brügger*